

Anhang 2

IV. Änderungsbescheid der Einleitungsstelle „Nord“ vom 28.04.2023



Klinikum Leverkusen Service GmbH
Paracelsusstraße 15

51375 Leverkusen

Umwelt
Untere Wasserbehörde
Quettinger Str. 220
Frau Marschollek

32 15
32 29

323-92-02-26mar
28.04.2023
952 00 001 4729

**Einleitung von Niederschlagswasser in die Dhünn
Änderung der Kanalisation im Zuge der Errichtung des Gebäude 11
auf dem Grundstück Paracelsusstraße 15 in Leverkusen**

IV. Änderungsbescheid

zur Wasserrechtlichen Erlaubnis vom 22.12.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Ich erteile Ihnen gem. §§ 8 und 9 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) weiterhin die Wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung Niederschlagswasser von 771,80 l/s in die Dhünn **befristet bis 31.12.2025.**

Max.Menge lt. Wasserbuch: 778,00 l/s

Nr. der Einleitstelle: E 138 037 002

Bezeichnung der Einleitstelle: Dhünn unterhalb der Mündung Leimbach bis
oberhalb der Mündung Mutzbach

Einleitstelle ETRS Koordinaten:

Hochwert: 5655411,54

Rechtswert: 361935,94

2. Ich erteile Ihnen gem. § 57 Abs.1 Landeswassergesetz (LWG) NW die Wasserrechtliche Erlaubnis für die Änderung bzw. Neubau von Niederschlagswasserleitungen im Entwässerungssystem des Klinikums gem. der Anlagen 1-3 der Antragsunterlage auf o.g. Grundstück.

Zahlungen an:	Stadtkasse Leverkusen			
Bankverbindungen	IBAN	BIC	Bankleitzahl	Konto-Nr.
Sparkasse Leverkusen	DE84 3755 1440 0100 0002 07	WELADEDLLEV	375 514 40	100 000 207
Postbank Köln	DE51 3701 0050 0007 9855 02	PBNKDEFF	370 100 50	79 85-502
Deutsche Bank Leverkusen	DE15 3757 0064 0709 0046 00	DEUTDE3375	375 700 64	7 090 046
VR Bank eG Bergisch Gladbach-Lev	DE07 3706 2600 2600 0040 10	GENODED1PAF	370 626 00	2 600 004 010
Commerzbank Leverkusen	DE36 3754 0050 0440 1006 00	COBADEFFXXX	375 400 50	440 100 600

3. Sie tragen die Kosten des Verwaltungsverfahrens.

Befristung

Mit dem Bau der Anlagen/ Maßnahme ist innerhalb von 2 Jahren nach Bekanntgabe dieses Bescheides zu beginnen. Anderenfalls verliert die Wasserrechtliche Genehmigung ihre Gültigkeit.

In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist auf Antrag verlängert werden.

Auflagen und Hinweise

Die Auflagen, Hinweise und Bedingungen der Wasserrechtlichen Erlaubnis vom 22.12.2005 sowie der nachfolgenden Änderungsbescheide bleiben unberührt.

Begründung

Der Antrag des Klinikums umfasst eine teilweise Erweiterung des Kanalnetzes (HA-Leitungen+Revisionsschächte) incl. der Herstellung der Um- und Anschlüsse im Zuge des Teilabbruches des Gebäude 11 als zweiter Bauabschnitt (1. Bauabschnitt Gebäude 8).

Die Veränderungen am Kanalnetz sowie die Ableitung des Niederschlagswassers in ein Oberflächengewässer bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis.

Mit den Veränderungen am Kanalisationsnetz werden die Grundlagen für den Neubau des Gebäude 11 geschaffen. Hierfür ist die ordnungsgemäße entwässerungstechnische Erschließung notwendig, erforderlich und auf Dauer sicherzustellen.

Im Zuge der Fortführung der Planung zum Gebäude 11, wurden weitere Veränderungen am Kanalnetz erforderlich, die mit der Antragsunterlage und Änderungsanzeige von März 2023 vorgelegt und angezeigt wurden.

Die Prüfung der Unterlagen durch die Fachbehörden ergab keine nachteiligen Auswirkungen auf die gesetzlichen Anforderungen gem. Wasserhaushaltsgesetz insofern kann die Änderung der Wasserrechtlichen Erlaubnis zur Durchführung der o.g. Maßnahme erteilt werden.

Die Auflagen dienen dazu, nachteilige Wirkungen für das Wohl der Allgemeinheit zu verhüten oder auszugleichen und sicherzustellen, dass durch die vorhandenen Eingriffe in Natur, Landschaft, Boden und Gewässer die entsprechenden Vorschriften und Gesetze eingehalten werden.

Rechtsgrundlagen der Entscheidung

1. Wasserwirtschaft

Der Bescheid beruht auf den §§ 2, 3, 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes – Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – in Verbindung mit den §§ 24, 25, 57 Abs.1 Satz 1 und 2, 136 und 140 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Landeswassergesetz (LWG) – i. V. m. §1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVU) sowie der Nr.20.1 und 22.1 des zugehörigen Anhang II – jeweils in der zurzeit gültigen Fassung. Die Auflagen werden gem. § 13 WHG und § 24 LWG festgesetzt.

Anlagen zur Wasserrechtlichen Erlaubnis

Dem Erlaubnisbescheid liegen folgende mit Prüf- bzw. Zugehörigkeitsvermerk versehene Antragsunterlagen zugrunde:

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Erläuterungsbericht vom 29.03.2023 (PE 12.04.2023) | |
| 2. | Vereinfachte Berechnung der Einleitmenge Alt/ Neu | Anlage 1 |
| 3. | Lageplan Flächenbilanz | Anlage 2 |
| 4. | Entwässerungslageplan | Anlage 3 |

II. Festsetzung der Verwaltungsgebühr

1. Für die Wasserrechtliche Erlaubnis/ Änderung ist aufgrund des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NW) in Verbindung mit der Tarifstelle 28.1.1.1 des Allgemeinen Gebührentarifs zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung eine Gebühr zu zahlen.

Dieser Gebühr liegt folgende Berechnung zugrunde:

Mindestgebühr	200,00 €
---------------	----------

Auf Grund des geringen Verwaltungsaufwandes wird 1/10 der Mindestgebühr für die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis veranschlagt.	<u>20,00 €</u>
--	----------------

2. Für die Genehmigung ist aufgrund des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in Verbindung mit der Tarifstelle 28.1.2.27 des Allgemeinen Gebührentarifs zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 03.07.2001 (veröffentlicht in GV NRW 2001 S. 262/SGV NRW 2011) - jeweils in den z. Z. geltenden Fassungen - eine Gebühr zu zahlen.

Diese Gebühr wird gem. Verwaltungsaufwendungen wie folgt festgesetzt:

Mindestgebühr	100,00 €
---------------	----------

<u>100,00 €</u>

Die Gebührenermittlung der Position 1 und 2 ergab eine zu zahlende Gesamtsumme in Höhe von

120,00 €
(in Worten: **ehundertzwanzig Euro**).

Die festgesetzte Verwaltungsgebühr in Höhe von insgesamt **120,00 €** ist bis spätestens **31.05.2023** unter Angabe des im Briefkopf genannten **Vertragsgegenstand 952 000 014729** auf eines der auf Seite 1 genannten Konten an die Stadtkasse Leverkusen zu überweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Köln, Köln, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen.

Im Auftrag

Gez.Marschollek

Anhang 3

**2. Änderungsbescheid der Einleitungsstelle „Süd“ vom
13.05.2011**

ab 18.05.2011
Klinikum Leverkusen Service GmbH
Paracelsusstraße 15
51375 Leverkusen

Umwelt/ Untere
Wasserbehörde
Quettinger Straße 220
Fr. Richrath/ Fr. Hoch-
haus
32 32/32 21
3202

323-92-04-439-ri
13.05.2011

**Wasserrechtliche Erlaubnis vom 28.06.2005 über die Einleitung von Regen-
wasser in die Dhünn**

hier: Vergrößerung der abflussrelevanten Dachflächen und Überdachung/
Ihr Änderungsantrag vom 10.02.2011

- 2. Änderungsbescheid -

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Änderungsantrags vom 10.02.2011 ändere ich meinen Genehmigungsbe-
scheid vom 28.06.2005 wie folgt:

1. **Punkt 1. meines 1. Änderungsbescheids vom 06.05.2011 wird insoweit ge-
ändert, dass die zusätzliche Niederschlagswassereinleitungsmenge aus ei-
ner abflussrelevanten Dachflächenvergrößerung um 820 m² resultiert. Die
ursprünglich beantragte Parkhauserweiterung und die Vergrößerung des
Retentionsfilters wurde nicht umgesetzt.**

**Die erlaubte gesamte Einleitungsmenge des anfallenden Niederschlagswas-
sers beträgt weiterhin 130 l/s.**
2. **Diesem Änderungsbescheid liegen folgende mit Zugehörigkeitsvermerk und evtl.
Änderungen versehene Unterlagen zugrunde:**
 - Schreiben vom 07.02.2011
 - wasserrechtlicher Antrag vom 10.02.2011
 - Lageplan – Entwässerung, Erweiterung Parkhaus Klinikum Leverkusen vom
31.03.2011, Maßstab 1:250
 - Übersichtslageplan - Erweiterung Parkhaus Klinikum Leverkusen – vom 09.02.2011,
Maßstab 1:5000

- Erläuterungsbericht Erweiterung Parkhaus Klinikum Leverkusen vom Februar 2011
- Hydraulische Berechnungen Erweiterung Parkhaus Klinikum Leverkusen vom Februar 2011

3. Begründung:

Es bestehen aus fachtechnischer Sicht keine Bedenken gegen die geplanten Ausführungen.

Alle anderen Regelungen meines ursprünglichen Bescheides vom 28.06.2005 und des 1. Änderungsbescheides vom 06.05.2010 behalten ihre Gültigkeit.

4. Zusätzliche Nebenbestimmungen/Auflagen:

Die Bauarbeiten sind von einer Fachfirma (z.B. Tiefbauunternehmen) durchzuführen. Der Erlaubnisbescheid, einschließlich der dazugehörigen Genehmigungsunterlagen, ist im Original oder in Kopie der ausführenden Fachfirma oder der Bauleitung zu übergeben. Die in der Anlage beigefügte Fachunternehmerbescheinigung ist der Unteren Wasserbehörde anlässlich der Schlussabnahme ausgefüllt vorzulegen.

Spätestens 4 Wochen nach Fertigstellung der Arbeiten ist die **Schlussabnahme** bei der UWB schriftlich zu beantragen.

5. Hinweis:

Auf die bekannte Altlastenproblematik bzw. auf die Berücksichtigung der Anforderungen des Bundesbodenschutzgesetzes wird hingewiesen.

Sofern zu diesem Bereich Fragen bestehen, wenden Sie sich bitte an den Fachbereich Umwelt – Untere Bodenschutzbehörde – Frau Gerke, Quettinger Str. 220, 51381 Leverkusen, Telefon-Nr. 406-3259/ Fax-Nr. 406-3202.

6. Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht in Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Wird die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt, wird dessen Verschulden Ihnen zugerechnet.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel enthalten. Der Klageschrift sollen beigefügt werden Abschriften der Klageschrift für die übrigen Beteiligten sowie – als Urschrift oder Abschrift – der angefochtene Bescheid.

Nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung hat eine von Ihnen erhobene Klage keine aufschiebende Wirkung. Diese kann das Verwaltungsgericht auf Antrag ganz oder teilweise anordnen. Ein solcher Antrag ist nur zulässig, wenn die Behörde den Antrag auf Aussetzung der Vollziehung ganz oder zum Teil abgelehnt hat. Dies gilt nicht, wenn

1. die Behörde über den Antrag ohne Mitteilung eines zureichenden Grundes in angemessener Frist nicht entschieden hat oder
2. eine Vollstreckung droht.

Dies bedeutet, dass Sie bei einer von Ihnen erhobenen Klage gegen eine Gebührenfestsetzung zunächst zur Zahlung der fälligen Verwaltungsgebühr verpflichtet bleiben.

Hinweis:

Enthält der Bescheid offensichtliche Unrichtigkeiten, rege ich zur Vermeidung eines Klageverfahrens an, sich unverzüglich nach der Bekanntgabe mit der o.g. Sachbearbeiterin oder dem o.g. Sachbearbeiter in Verbindung zu setzen, um ggf. eine Änderung oder Aufhebung des Bescheides zu bewirken.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ri 18/15.

Richrath

1. ab an Empfänger am 13.05.2011 | *gündet nochmals an 12.05. + ab Ri 18/15.*
 2. Aufgrund des geringen Bearbeitungsaufwands wird keine Verwaltungsgebühr erhoben.
 3. Durchschrift 61 zK nach Ablauf der Klagefrist bzw. sofort bei Verzicht auf die Klagefrist
 4. Durchschrift Wupperverband nach Ablauf der Klagefrist bzw. sofort bei Verzicht auf die Klagefrist
 5. Durchschrift BR Köln mit der Bitte um Änderung des Wasserrechts in das Wasserbuch bzw. sofort bei Verzicht auf die Klagefrist
 6. zdA
- ve. 7/7. Ri*

FACHUNTERNEHMERBESCHEINIGUNG FÜR DIE UNTERE WASSERBEHÖRDE (ANLAGE 1)

einschließlich Erklärung des Erlaubnisinhabers / Grundstückseigentümers

**zur Errichtung oder Änderung von Anlagen zur Beseitigung
von Niederschlagswasser**

zurück an:

(Absender / Firmenstempel)

**Stadt Leverkusen
- untere Wasserbehörde -
Postfach 10 11 40**

51311 Leverkusen

**Aktenzeichen: 323-92-04-439
Wasserrechtliche Erlaubnis vom 28.06.2005 bzw. Änderungsbescheid vom
13.05.2011**

**Bezeichnung der Maßnahme: Einleitung von Niederschlagswasser in die
Dhünn**

Standort der Anlage:

Bauherr:

Hiermit bestätige ich, dass die wasserrechtlich erlaubte / genehmigte Abwasseranlage nach Maßgabe der o. a. Erlaubnis / geprüften Antragsunterlagen auf dem bezeichneten Baugrundstück eingebaut worden ist. Die von mir durchgeführte Maßnahme entspricht den öffentlich-rechtlichen Vorschriften und den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

(Ort, Datum, Unterschrift des Fachunternehmers)

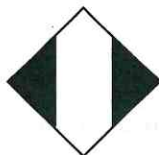
Dem v. g. Fachunternehmer wurden zum ordnungsgemäßen Einbau der o. g. Abwasseranlage(n) alle dafür notwendigen wasserrechtlichen Erlaubnisunterlagen vorgelegt.

Die Anlage(n) wurde(n) am _____ fertig gestellt.

**(Ort, Datum, Unterschrift des Erlaubnisinhabers
oder Grundstückseigentümers)**

Anhang 4

**Wasserrechtliche Erlaubnis zur Versickerung
von Niederschlagswasser vom 04.07.2016**



Klinikum Leverkusen Service GmbH
Herr Zimmermann
Paracelsusstraße 15

51375 Leverkusen

Umwelt

Untere Wasserbehörde
Quettinger Str. 220
Frau Marschollek

32 15

32 29

323-92-02-26mar

04.07.2016

952 00 001 4729

**Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser auf dem Grundstück
Paracelsusstraße 15 in Leverkusen,
Gemarkung Schlebusch, Flur 6, Flurstück 277
Baumaßnahme: Errichtung von insgesamt 107 PkW-Parkplätzen**

Wasserrechtliche Erlaubnis

Sehr geehrter Herr Zimmermann,
Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Ich erteile Ihnen gem. §§8 und 9 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die Wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung bzw. die Versickerung von Niederschlag in das Grundwasser auf dem o.g. Grundstück **befristet bis 31.12.2036.**
2. Ich erteile Ihnen gem. §58 Abs.2 Landeswassergesetz (LWG) NW die Wasserrechtliche Erlaubnis für den Bau und den Betrieb der Versickerungsanlagen gem. der Anlage 7 der Antragsunterlage auf o.g. Grundstück.
3. Ich erteile Ihnen die Befreiung von den Ver- und Geboten gem. § 67 BNatSchG zur Durchführung der o.g. Baumaßnahme im NSG und FFH-Gebiet Dhünn.
4. Sie tragen die Kosten des Verwaltungsverfahrens.

Sparkasse Leverkusen	100000207	37551440	Volksbank Rhein-Wupper e.G.	1600004014	37560092
Postbank Köln	7985-502	37010050	Dresdner Bank Leverkusen	806339400	37080040
Deutsche Bank Leverkusen	7090046	37570064	SEB AG Leverkusen	1200800100	37010111
Commerzbank Leverkusen	440100600	37540050	Raiffeisenbank Rhein – Berg e.G.	3104500012	37069521

Befristung

Mit dem Bau der Anlagen/ Maßnahme ist innerhalb von 2 Jahren nach Bekanntgabe dieses Bescheides zu beginnen. Anderenfalls verliert die Wasserrechtliche Genehmigung ihre Gültigkeit.

In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist auf Antrag verlängert werden.

Bedingungen und Auflagen

A Baustelleneinrichtung / -räumung

1. Die Einrichtung der Baustelle, die Vorhaltung/ Lagerung von Baumaterialien und Baustoffen haben vorwiegend aus Sicht des vorbeugenden Gewässer-und Grundwasserschutz auf gesicherten Flächen zu erfolgen..
2. Das Betanken von Baufahrzeugen hat auf einer gesicherten (befestigten) Fläche. Für alle eingesetzten Geräte ist der einwandfreie technische Zustand sicherzustellen.
3. Die Bauarbeiten sind so durchzuführen, dass Gewässerbeeinträchtigungen sowie das Eindringen von wassergefährdenden Stoffen, z.B. Schmierstoffe, Treibstoffe oder sonstige Betriebsmittel, in das Grundwasser bzw. in den Boden vermieden bzw. ausgeschlossen werden.
4. Wassergefährdende Stoffe (Treibstoffe, Öle und sonstige Betriebsmittel) sind auf gesicherten Flächen oder Containern zu lagern.
5. Unfälle mit Wasser gefährdenden Stoffen sind der Unteren Wasserbehörde während der Dienstzeit unter Tel. (0214) 406 3201 sofort mitzuteilen. Außerhalb der Dienstzeit ist die Feuerwehr Leverkusen unter Tel. (0214) 7505-0 zu verständigen.

Erreichbarkeit :

Untere Wasserbehörde während der Dienstzeit:

Fachbereich Umwelt, ☎ 0214 / 406-3201

außerhalb der Dienstzeit und an arbeitsfreien Tagen der Behörde:

Feuerwehr Leverkusen, ☎ 0214 / 7505-0

6. Aus Sicherheitsgründen und für Sofortmaßnahmen ist auf der Baustelle Ölbindemittel (Ölunfalltonnen oder Leckagenotfallpaletten o.ä.) in ausreichender Menge bereitzuhalten.

B Errichtung, Betrieb und Wartung der Versickerungsanlagen sowie der Parkplätze

1. Die Errichtung der Parkplätze hat nach den vorgelegten, genehmigten Planunterlagen und gem. der gültigen DIN- Vorschriften sowie Richtlinien und Vorgaben für Straßenbaumaßnahmen (TL SoB-StB 04, RStO 01, TL Min-StB etc.) zu erfolgen.
2. Im Winterdienst ist auf Streusalz und chemische Auftaumittel zu verzichten. Dementsprechend sind abstumpfende Mittel auszuwählen, um ein Abfließen ins Grundwasser über die Versickerungsanlagen zu vermeiden

3. Die Versickerungsanlagen sind entspr. Der vorgelegten und genehmigten Planunterlagen gem. des Arbeitsblattes DWA-A 138 und der Ras-Ew zu planen, zu errichten und zu betreiben.
Änderungen sind rechtzeitig bei der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen und genehmigen zu lassen.
4. Die Errichtung, der Betrieb, die Wartung und die Pflege der Versickerungsanlage hat gem. nachfolgender Bestimmungen zu erfolgen.
 - 4.1. Dauerstau ist zu vermeiden (maximal 2Tage)
 - 4.2. Vermeidung der Verdichtung des Bodens z.B durch Baumaschinen
 - 4.3. Regelmäßige Reinigung und Kontrolle (nach Starkniederschlägen und nach dem Laubfall(Herbst)
 - 4.4. Regelmäßige Mahd ggf. Vertikutierung
 - 4.5. Sicherheitsvorkehrungen für das Unfallereignis mit wassergefährdenden Stoffen (Öl, Diesel, Benzin etc.)
 - 4.6. Erstellung einer Betriebsanweisung – Vorlage vor Inbetriebnahme der Anlage
 - 4.7. Führung eines Betriebstagebuches- Vorlage vor Inbetriebnahme der Anlage
5. Grundsätzlich sind Verunreinigung des Grundwassers und der Gewässer durch Schmutz, Öl oder sonstige Stoffe auszuschließen und zu vermeiden.
Bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen ist unverzüglich die Untere Wasserbehörde und die Bezirksregierung Köln zu benachrichtigen. Außerhalb der Dienstzeit ist die Feuerwehr Leverkusen zu informieren.
Erreichbarkeit :

Untere Wasserbehörde während der Dienstzeit:
Fachbereich Umwelt, Tel. 0214 / 406-3201
außerhalb der Dienstzeit und an arbeitsfreien Tagen der Behörde:
Feuerwehr Leverkusen, Tel. 0214 / 7505-0
6. Die Wasserrechtliche Erlaubnis geht mit allen Befugnissen und Pflichten auf den Rechtsnachfolger über, wenn die gesamte Benutzungsanlage übertragen wird und die Genehmigungsbehörde dem schriftlich zustimmt. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn hierfür sachgerechte Gründe bestehen.

C Abfall - Bodenschutz

1. Grundsätzlich sind für die Entsorgung von überschüssigen Material oder auch Ausbaustoffen (Straßenab- und -aufbrüche) die Vorgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sowie § 5 (4) Landesabfallgesetz (LAbfG) zu beachten. Ansprechpartner für den gesamten Bereich der Abfallthematik (Abbruch/ Entsorgung) ist Herr Königsmann Tel.(0214) 406-3237
2. Alle im Rahmen der anstehenden Baumaßnahme erforderlichen Eingriffe in den Untergrund / Tiefbaumaßnahmen (Bodenaushub, Fundamentierung, Abriss etc.) sind nach vorheriger Absprache mit der Unteren Bodenschutzbehörde unter fachgutachterlicher Begleitung eines gem. den Anforderungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) geeigneten Fachgutachters durchzuführen. Unter Berücksichtigung des vorliegenden Fachgutachtens „Umwelttechnischer Kurzbericht – Umwelttechnische Überprüfung des anstehenden Untergrundes am Klinikum Leverkusen im Bereich geplanter PKW-Parkflächen und Versickerungsanlagen“ der GeoConsult mbH vom 28.4.2016 ist dabei nachzuweisen, dass die Versickerungen nachweislich nicht durch verunreinigten Boden erfolgen, das gilt

auch für den seitlichen Abstand von 2 m. Schädliche Bodenveränderungen sind in den betroffenen Bereichen gem. den Anforderungen des BBodSchG gegen unbedenklichen Boden auszutauschen.

3. Die gefahrlose Errichtung und Nutzung der im Fachgutachten (GeoConsult vom 28.04.2016) konkret benannten Niederschlagswasserversickerungen ist der Unteren Bodenschutzbehörde nach Abschluss der Maßnahme gemäß den Anforderungen des BBodSchG schriftlich nachzuweisen.

4. Der Beginn der Tiefbaumaßnahmen ist mit Datum zu benennen.

Werden im Rahmen der Eingriffe in den Untergrund / Tiefbaumaßnahmen (Bodenaushub, Fundamentierung etc.) zusätzliche Auffälligkeiten im Boden (Verfärbungen, Geruch, Materialien etc.), als im v.g. Fachgutachten benannt, festgestellt, so ist die Untere Bodenschutzbehörde (Frau Gerke, Quettinger Straße 220, 51381 Leverkusen, Tel.-Nr.: 0214 / 406-3259, Fax-Nr.: 0214 / 406-3202) **unverzüglich zu informieren**. Die weitere Vorgehensweise ist mit der Unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen.

D Landschaftsschutz

1. Die Baumaßnahme ist gem. des städtebaulichen Vertrages bezüglich der Natur- und Artenschutzbelange einer ökologische Baubegleitung zu unterziehen. Die ökologische Baubegleitung ist durch ein Fachgutachter sicherzustellen.
2. Die Baumaßnahme ist grundsätzlich in den Wintermonaten zwischen September und 1. April durchzuführen.
Abweichungen vom zeitlichen Rahmen bzw. vom Umfang der Eingriffe sind frühzeitig mit der Unteren Landschaftsbehörde abzustimmen.
Ansprechpartner: Herr Kossler (0214) 406 3247
3. Der Schutz zu erhaltener Bäume im Umfeld der Baumaßnahme hat gemäß DIN 18920 zu erfolgen.
4. Eine detaillierte Bepflanzungsplanung gemäß Grünordnungsplan ist durch einen Fachplaner zu erstellen und umzusetzen.

E. Informationspflichten / Schlussabnahme

1. Der Inhalt dieser Wasserrechtlichen Erlaubnis ist vom Genehmigungsinhaber allen Mitarbeitern sowie allen an den Arbeiten Beteiligten zur Kenntnis zu geben. Während der Maßnahmen ist die Wasserrechtliche Erlaubnis mit den dazugehörigen Unterlagen in Kopie auf der Baustelle vorzuhalten.
2. **Die Untere Wasserbehörde sind jeweils mindestens 14 Tage im Voraus über den Baubeginn und über die Beendigung der Arbeiten schriftlich zu informieren.**

Erreichbarkeit/ Anschriften:

Untere Wasserbehörde Leverkusen

Fax: (0214) 406-3229

Email: karla.marschollek@stadt.leverkusen.de

ganz oder teilweise gem. der Forderungen der Unteren Wasserbehörde zu beseitigen und den Ursprungszustand wiederherzustellen.

8. Bauliche Veränderungen sowie Änderungen der Benutzungsanlagen sind der Unteren Wasserbehörde entspr. § 31 LWG Abs. 3 mind. 2 Monate anzuzeigen. Dafür sind Unterlagen zur Beurteilung der Veränderungen an den Benutzungsanlagen vorzulegen.

Begründung

Der Antrag des Klinikums umfasst den Bau von 107 Parkplätzen einschließlich der entwässerungstechnischen Lösung. Nach der Variantenprüfung und der Beurteilung der wasserwirtschaftlichen Aspekte, ist die Umsetzung mit der Versickerung von Niederschlagswasser über Mulden bzw. Muldenrigolensystemen geplant. Für die wasserwirtschaftlich relevanten Aspekte (GW-Stand, Versickerungsfähigkeit des Bodens sowie der Unbedenklichkeit belasteter Bodenschichten) wurde eine Hydrogeologische Gutachten (GeoConsult vom 25.04.2016) angefertigt.

Unter Einbeziehung des Wasserhaushaltes sowie der Berücksichtigung der EU-WRRL ist keine Verschlechterung des Grundwasserkörpers zu erwarten.

Ebenso wurden die Bestandteile des Natur-, Landschaft- und Artenschutz sowie der Boden analysiert und beurteilt.

Die Prüfung der Unterlagen durch die Fachbehörden ergab keine nachteiligen Auswirkungen auf die gesetzlichen Anforderungen gem. Wasserhaushaltsgesetz insofern kann die Wasserrechtliche Erlaubnis zur Durchführung der o.g. Maßnahme erteilt werden.

Die Auflagen dienen dazu, nachteilige Wirkungen für das Wohl der Allgemeinheit zu verhüten oder auszugleichen und sicherzustellen, dass durch die vorhandenen Eingriffe in Natur, Landschaft, Boden und Gewässer die entsprechenden Vorschriften und Gesetze eingehalten werden.

Rechtsgrundlagen der Entscheidung

1. Wasserwirtschaft

Der Bescheid beruht auf den §§ 2, 3, 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes – Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – in Verbindung mit den §§ 24, 25 und 136 und 140 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Landeswassergesetz (LWG) – i. V. m. §1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVU) sowie der Nr. 20.1 und 22.1 des zugehörigen Anhang II – jeweils in der zurzeit gültigen Fassung. Die Auflagen werden gem. § 13 WHG und § 24 LWG festgesetzt.

2. Bodenschutz

Auf Grundlage der §§ 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 13, 15, 16 und 18 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), der §§ 1, 2, 3, 4, 13, 15 und 17 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind die v.g. Bedingungen und Auflagen im Bescheid festgesetzt.

3. Landschaftsschutz

Der Bescheid beruht auf den §§ 1, 2, 23, 26, 67 BNatSchG sowie §34 Landschaftsgesetz NRW i. V. m. dem Landschaftsplan.

ganz oder teilweise gem. der Forderungen der Unteren Wasserbehörde zu beseitigen und den Ursprungszustand wiederherzustellen.

8. Bauliche Veränderungen sowie Änderungen der Benutzungsanlagen sind der Unteren Wasserbehörde entspr. § 31 LWG Abs. 3 mind. 2 Monate anzuzeigen. Dafür sind Unterlagen zur Beurteilung der Veränderungen an den Benutzungsanlagen vorzulegen.

Begründung

Der Antrag des Klinikums umfasst den Bau von 107 Parkplätzen einschließlich der entwässerungstechnischen Lösung. Nach der Variantenprüfung und der Beurteilung der wasserwirtschaftlichen Aspekte, ist die Umsetzung mit der Versickerung von Niederschlagswasser über Mulden bzw. Muldenrigolensystemen geplant. Für die wasserwirtschaftlich relevanten Aspekte (GW-Stand, Versickerungsfähigkeit des Bodens sowie der Unbedenklichkeit belasteter Bodenschichten) wurde eine Hydrogeologische Gutachten (GeoConsult vom 25.04.2016) angefertigt.

Unter Einbeziehung des Wasserhaushaltes sowie der Berücksichtigung der EU-WRRL ist keine Verschlechterung des Grundwasserkörpers zu erwarten.

Ebenso wurden die Bestandteile des Natur-, Landschaft- und Artenschutz sowie der Boden analysiert und beurteilt.

Die Prüfung der Unterlagen durch die Fachbehörden ergab keine nachteiligen Auswirkungen auf die gesetzlichen Anforderungen gem. Wasserhaushaltsgesetz insofern kann die Wasserrechtliche Erlaubnis zur Durchführung der o.g. Maßnahme erteilt werden.

Die Auflagen dienen dazu, nachteilige Wirkungen für das Wohl der Allgemeinheit zu verhüten oder auszugleichen und sicherzustellen, dass durch die vorhandenen Eingriffe in Natur, Landschaft, Boden und Gewässer die entsprechenden Vorschriften und Gesetze eingehalten werden.

Rechtsgrundlagen der Entscheidung

1. Wasserwirtschaft

Der Bescheid beruht auf den §§ 2, 3, 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes – Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – in Verbindung mit den §§ 24, 25 und 136 und 140 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Landeswassergesetz (LWG) – i. V. m. §1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVU) sowie der Nr. 20.1 und 22.1 des zugehörigen Anhang II – jeweils in der zurzeit gültigen Fassung. Die Auflagen werden gem. § 13 WHG und § 24 LWG festgesetzt.

2. Bodenschutz

Auf Grundlage der §§ 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 13, 15, 16 und 18 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), der §§ 1, 2, 3, 4, 13, 15 und 17 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind die v.g. Bedingungen und Auflagen im Bescheid festgesetzt.

3. Landschaftsschutz

Der Bescheid beruht auf den §§ 1, 2, 23, 26, 67 BNatSchG sowie §34 Landschaftsgesetz NRW i. V. m. dem Landschaftsplan.

Anlagen zur Wasserrechtlichen Erlaubnis

Dem Erlaubnisbescheid liegen folgende mit Prüf- bzw. Zugehörigkeitsvermerk versehene Antragsunterlagen zugrunde:

- | | | |
|----|---------------------------------|----------|
| 1. | Antragsschreiben vom 01.06.2016 | |
| 2. | Antragsvordruck | Anlage 1 |
| 3. | Lagepläne/Querschnitte | Anlage 2 |
| 4. | Übersichtslagepläne | Anlage 3 |
| 5. | Erläuterungsbericht | Anlage 4 |
| 6. | Hydrogeologischer Kurzbericht | Anlage 5 |
| 7. | Hydraulische Berechnung | Anlage 6 |
| 8. | Koordinatenliste | Anlage 7 |

Die Untere Bodenschutzbehörde, die Untere Landschaftsbehörde sowie der Beirat für Natur und Landschaft haben im Zuge des Beteiligungsverfahrens der Maßnahme zugestimmt. Die Anregungen und Vorgaben sind in den Auflagen und Bedingungen berücksichtigt und abgewogen worden.

II. Festsetzung der Verwaltungsgebühr

1. Für die Wasserrechtliche Erlaubnis ist aufgrund des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NW) in Verbindung mit der Tarifstelle 28.1.2.1 des Allgemeinen Gebührentarifs zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung eine Gebühr zu zahlen.

Dieser Gebühr liegt folgende Berechnung zugrunde:

Mindestgebühr	200,00 €
	<u>200,00 €</u>

2. Für die Genehmigung ist aufgrund des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in Verbindung mit der Tarifstelle 28.1.5.4 des Allgemeinen Gebührentarifs zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 03.07.2001 (veröffentlicht in GV NRW 2001 S. 262/SGV NRW 2011) - jeweils in den z. Z. geltenden Fassungen - eine Gebühr zu zahlen.

Dieser Gebühr liegt folgende Berechnung zugrunde:

Baukostenwert: 257527,90 €

Gebühr für die ersten 50.000€ * 2% =	1000 €
Gebühr für die weiteren 450.000€ * 0,2% =	415 €

Summe:	1415,00 €
--------	-----------

Gem GebG NW §15 Ermäßigung bis zu ¼ =	<u>354,00 €</u>
---------------------------------------	------------------------

Die Gebührenermittlung der Position 1 und 2 ergab eine zu zahlende Gesamtsumme in Höhe von

554,00 €

(in Worten: fünfhundertvierundfünfzig Euro).

Die festgesetzte Verwaltungsgebühr in Höhe von insgesamt **554,00 €** ist bis spätestens **04.08.2016** unter Angabe des im Briefkopf genannten **Vertragsgegenstand 952 000 014729** auf eines der auf Seite 1 genannten Konten an die Stadtkasse Leverkusen zu überweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht in Köln erheben. Die Klage ist schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG – vom 07.11.2012 (GV.NRW. Seite 548) eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nummer 3 des Signaturgesetzes vom 16.05.2001 (BGBl. I S. 876) in der jeweils geltenden Fassung versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Hinweis:

Enthält der Bescheid offensichtliche Unrichtigkeiten, rege ich zur Vermeidung eines Klageverfahrens an, sich unverzüglich nach der Bekanntgabe mit der zuständigen Stelle der Stadt Leverkusen in Verbindung zu setzen. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass dies nicht den Lauf der Klagefrist beeinflusst.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.

Sofern die Klage sich nur gegen die Gebührenfestsetzung richtet, hat sie keine aufschiebende Wirkung. Die Gebühren sind daher zunächst zu bezahlen; sie werden dann ggf. erstattet.

Mit freundlichen Grüßen.

Im Auftrag

Marschollek